

Vorgeschlagene Empfehlungen der zweiten Flüchtlings-session 08. Mai 2022 - Berner Rathaus

Inhaltsverzeichnis

1.	Kommission: Bessere Lebensbedingungen für abgewiesene Geflüchteten	2
2.	Kommission: Gleiche Rechte für Geflüchtete mit Beeinträchtigung	3
3.	Kommission: Faire Asylanhörung, Asylgründe und Asylentscheide	4
4.	Kommission: Begegnung und Austausch mit SEM	5
5.	Kommission: Bildung für alle ohne Bedingungen	6
6.	Kommission: F-Bewilligung und S-Schutzstatus	7
7.	Kommission: Tessin	8
8.	Kommission: Ukrainische Flüchtlinge	9
9.	Arbeitsgruppe 1: Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen	10
10.	Arbeitsgruppe 2: Öffentlichkeitsarbeit für das Flüchtlingsparlament	11
11.	Arbeitsgruppe 3: Kantonale Flüchtlingsparlament	14
12.	Arbeitsgruppe 4: Good and Bad Practices	15
13.	Arbeitsgruppe 5: Französischsprachige Arbeitsgruppe zu NoFrontex	16

1. Kommission: Bessere Lebensbedingungen für abgewiesene Geflüchteten

1.1. «Flüchtlingsparlament fordert, dass abgewiesene Personen, welche aus politischen oder gesundheitlichen Gründen oder wegen einem fehlenden Migrationsabkommen nicht ins Heimatland zurückgeführt werden können, eine vorläufige Aufnahme in der Schweiz erhalten.»

1.2. «Flüchtlingsparlament fordert, dass die Kriterien für Härtefallgesuche vereinfacht werden und bei Ablehnung auf Kantonsebene eine Beschwerde auf kantonaler und Bundesebene möglich sein soll. Zudem soll eine Parteistellung auf kantonaler Ebene gewährt werden.»

2. Kommission: Gleiche Rechte für Geflüchtete mit Beeinträchtigung

- 2.1. «Geflüchtete Menschen mit Beeinträchtigung sollten einen vom Status unabhängigen, gleichberechtigten und national einheitlichen Zugang zur IV haben.»

- 2.2. «Wir empfehlen eine bedürfnisorientierte Unterstützung der geflüchteten Menschen mit Beeinträchtigung durch Begleitung, Beratung und Infoveranstaltungen, sodass die Rechte umgesetzt werden und gleichzeitig die Integration gewährleistet ist. Dazu gehören auch NGO-Projekte zur Gleichberechtigung und Integration der Geflüchteten mit Beeinträchtigung.»

- 2.3. «Die Dienstleistung und das Engagement der geflüchteten Eltern mit Kindern mit Beeinträchtigung sollten als eine Arbeit anerkannt werden und dementsprechend entlohnt werden.»

3. Kommission: Faire Asylan-hörung, Asylgründe und Asylentscheide

- 3.1. «Das Flüchtlingsparlament fordert, dass die Militärdienstverweigerung in Ländern mit Diktatur, in denen das Militär zur Bekämpfung des Willens des Volkes genutzt wird, als Asylgrund anerkannt wird.»
- 3.2. «Das Flüchtlingsparlament fordert, dass Asylsuchende nach Bedarf eine psychologische Begleitung vor, während und nach der Asylan-hörung durch medizinische Fachpersonen mit Kulturvermittlung bekommen.»
- 3.3. (Empfehlung als Reserve): «Das Flüchtlingsparlament fordert, dass die Beschwerdefrist für den Asylentscheid beim beschleunigten Asylverfahren von 5 auf 10 Tage verlängert wird.»
- 3.4. (Empfehlung als Reserve): «Das Flüchtlingsparlament fordert, dass Befragter*innen, weitere beteiligte SEM-Mitarbeitende und Richter*innen, die an Asylentscheiden beteiligt sind, regelmässig Weiterbildungen besuchen sollten, wo sie sich mit den Themen Rassismus, Islamophobie, LGBTQI+, Sexismus, etc. auseinandersetzen.»

4. Kommission: Begegnung und Austausch mit SEM

- 4.1.** «Das Flüchtlingsparlament fordert vom SEM ein sofortiges und vereinfachtes Verfahren (humanitäres Visum, Status S oder ähnliches) für bedrohte Menschen aus Afghanistan, die von einem der schrecklichsten Regime der Welt verfolgt werden. Ihnen sollte das Recht gewährt werden, mit ihrer Familie in der Schweiz in Frieden zu leben.»
- 4.2.** «Das Flüchtlingsparlament fordert, dass alle Personen, die mehr als 3 Jahre in Rückkehrzentren leben, ein Härtefallgesuch einreichen dürfen und ihre Anträge sollen berücksichtigt werden. Die Asylpraxis vom SEM betreffend Menschen aus Diktaturen wie Eritrea, Afghanistan und Iran soll angepasst werden, indem die Härtefallgesuche der Menschen aus diesen Ländern erleichtert behandelt werden. Das Flüchtlingsparlament unterstützt die Motion 21.3187 von NR Streiff-Feller ‚Ausserordentliche humanitäre Motion für Nothilfe beziehende Personen aus altrechtlichen Asylverfahren«
- 4.3.** «Zahlreiche Geflüchtete besitzen einen F-Ausweis und haben kein Recht, ins Ausland zu reisen. Wir empfehlen dem SEM die Verordnung präziser anzuschauen und Ausnahmen unbürokratisch vorzusehen, sodass die Geflüchteten in den Schengenraum aus- und danach wieder einreisen können.»

5. Kommission: Bildung für alle ohne Bedingungen

- 5.1. «Wir empfehlen einen gleichberechtigten, einheitlichen und unabhängigen Zugang zu Sprachkursen, Ausbildung und Hochschulen. Dieser Zugang soll unabhängig von Aufenthaltsstatus, Alter, "Rasse", Religion, sexuelle Orientierung und Herkunft sein.»

- 5.2. «Wir empfehlen eine unabhängige Ombudsstelle spezifisch für Geflüchtete, welche über die Rechte und Pflichten informiert und bei Konflikten und unfairer Behandlung im Bereich der Bildung oder der Arbeitsintegration schlichtet.»

- 5.3. «Das Flüchtlingsparlament fordert einen gleichberechtigten Zugang zur Arbeitsintegration inklusive Schnuppermöglichkeiten oder Praktika. Dafür fordern wir eine enge Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Arbeitgebenden (Firmen) und Integrationsfachstellen (Gemeinden, Kantone und Sozialamt), um den Zugang zur Arbeitsintegration inklusive Schnuppermöglichkeiten oder Praktika zu ermöglichen.»

6. Kommission: F-Bewilligung und S-Schutzstatus

- 6.1. «Flüchtlingsparlament fordert , dass die Aufenthaltsdauer mit F-Status beim Antrag für die Einbürgerung oder eine Niederlassungsbewilligung angerechnet wird.»

- 6.2. «Flüchtlingsparlament fordert eine neue Bezeichnung für den F-Status. Aktuell wird dieser als vorläufig aufgenommen benannt, was jedoch nicht der Realität entspricht. Diese Bezeichnung erschwert den Alltag und berufliche Integration. Viele Vertragspartner*innen wie Versicherungsgesellschaften, Vermieter:innen, Arbeitgebende und Mobil-Abo-Provider etc. möchten deshalb keinen Vertrag mit den sogenannten vorläufig Aufgenommenen eingehen.»

- 6.3. «Das Flüchtlingsparlament unterstützt völlig den Schutzstatus S für ukrainische Geflüchtete, fragt jedoch nach, warum andere Schutzbedürftige z.B. aus Syrien oder Afghanistan den eingeschränkten Status F oder sogar eine Ablehnung erhalten. Flüchtlingsparlament fordert deshalb gleiche Rechte für alle Geflüchteten in der Schweiz. Das Flüchtlingsparlament fordert, dass alle geflüchteten Personen aus Kriegsgebieten einen S-Status bekommen.»

7. Kommission: Tessin

7.1. "Flüchtlingsparlament fordert , dass anerkannte Flüchtlinge das Recht eingeräumt wird, ihre Wohnung selbständig zu suchen und zu bewerben. Ferner sollen sie spätestens nach drei Monaten nach der Zuweisung in den Kanton Tessin mit der Wohnungssuche beginnen dürfen. "

7.2. «Flüchtlingsparlament fordert die Etablierung einer unabhängigen Anlaufstelle für sozialhilferechtliche Angelegenheiten im Kanton Tessin»

8. Kommission: Ukrainische Flüchtlinge

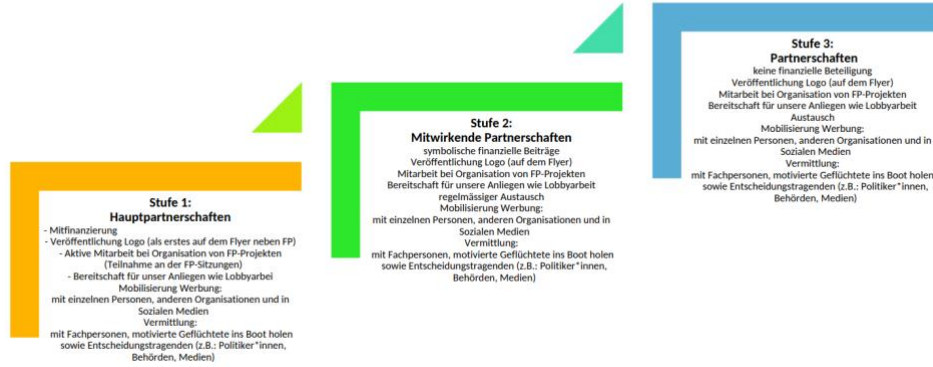
- 8.1.** «Flüchtlingsparlament fordert die schnelle Rekrutierung und Ausbildung von zweisprachigen Menschen, um die vielen ukrainischen Geflüchteten und die Regelstruktur zu unterstützen.»
- 8.2.** «Flüchtlingsparlament fordert angemessene erstsprachige psychologische Abklärung, Unterstützung und Behandlung für die vielen traumatisierten erwachsenen und minderjährigen ukrainischen Geflüchteten. Dafür braucht es die Rekrutierung, Weiterbildung und Anerkennung von psychologischen Fachpersonen aus der Ukraine bzw. zweisprachige Psychotherapeut*innen; Weiterbildung von fremdsprachigen bzw. zweisprachigen Brückenbauer*innen in Psychoedukation und Trauma-Begleitung sowie individuelle und Gruppenangebote.»
- 8.3.** «Flüchtlingsparlament fordert Informationsangebote über (Arbeits-Integration, Gesundheit und Rechte und Pflichten für ukrainische Geflüchtete in der Erstsprache.»

9. Arbeitsgruppe 1: Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen

9.1. Einstufungsmodell für die Partnerorganisationen

Richtlinie für die Einstufung der Zusammenarbeit mit Partnerorganisation

Dreiphasenstufigen Plan (Hauptpartnerorganisation, Mitwirkende Partnerschaften, Partnerschaften)



9.2. Nachhaltigkeit: «Wir empfehlen dem Flüchtlingsparlament, dass es eine Arbeitsgruppe geben soll, welche sich um Fundraising und Partnerschaften kümmert.»

10. Arbeitsgruppe 2: Öffentlichkeitsarbeit für das Flüchtlingsparlament

10.1. «Wir führen Interviews mit Flüchtlingsparlamentarier*innen am 08. Mai durch, die von dort aus gepostet werden.»

10.1.1. Fragen für kurze Videointerviews – Berichte über Empfehlungen der Kommissionen und Produkte der Arbeitsgruppen

- Was bedeutet das Flüchtlingsparlament für dich? Warum nimmst du am Flüchtlingsparlament teil?
- Was sind die Ziele deiner Kommission? Warum findest du die Ziele deiner Kommission wichtig?
- Warum findest du das Flüchtlingsparlament wichtig?
- Denkst du, dass das Flüchtlingsparlament eine Veränderung in der Politik bewirken kann? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?
- Welche Veränderungen wünschst du dir für die Zukunft?

10.1.2. Kommission 1 „Bessere Lebensbedingungen für abgewiesene Personen“:
Welche Strategien und Projekte sollen Flüchtlingsparlamentarier*innen angehen?

- Welche Herausforderungen ergeben sich für Abgewiesene bei den Lebensbedingungen und Härtefallgesuchen?
- Gibt es Möglichkeiten, die Lebensbedingungen wie finanzierte Sprachkurse/ Beschäftigungsmöglichkeiten für (Langzeit-)Abgewiesene, Eingrenzungen zu verbessern? Wie unterscheidet sich dies in den Kantonen?
- Was müsste sich ändern, damit abgewiesene Personen bessere Möglichkeiten für ein Härtefallgesuch erhalten?

10.1.3. Kommission 2 „Gleiche Rechte für geflüchtete Menschen mit Beeinträchtigung“: Wie können sich die geflüchteten Menschen mit einer Behinderung in die Gesellschaft integrieren?

- Welche Lücken und Benachteiligungen ergeben sich für Geflüchtete mit einer Beeinträchtigung?

- Gibt es spezifische Angebote für geflüchtete Personen mit einer Beeinträchtigung? Wenn ja, welche? Funktionieren sie? Wenn nein, welche Angebote braucht es?

10.1.4. Kommission 3 „Faire Asylgründe, Asylanörungen und Asylentscheide“
Wie können die Asylprozesse gerecht und vorurteilsfrei durchgeführt werden?

- Wie beurteilst du die Rolle des*der Dolmetscher*in für eine faire Asylanörung?
- Welche Rolle spielt die Neutralität der zuhörenden Person für den Entscheid?
Sind die Interviewer*innen neutral?
- Aus welchen Gründen sind die Asylprozesse heute nicht fair und vorurteilsfrei?
Was kann verbessert werden?

10.1.5. Kommission 4 „Begegnung und Austausch mit dem SEM zu Themen wie Ausland-Reisen mit F-Status, Härtefallgesuche, Familiennachzug“:
Welche Themen wollen Flüchtlingsparlamentarier*innen mit SEM besprechen?

- Wie gestaltet sich die Kommunikation mit dem SEM? Gibt es eine Möglichkeit für einen Austausch?
- Was erhofft ihr euch von einem Dialog mit SEM?

10.1.6. Kommission 5 „Bildung für alle – jetzt!: nationale und kantonale Vorstösse, Bildung und Arbeitsintegration“ Was sind die Prioritäten der Flüchtlingsparlamentarier*innen?

- Welche Lücken und Benachteiligungen ergeben sich im staatlichen Bildungsangebot für Geflüchtete?
- Was müsste geändert werden, damit geflüchtete Menschen die gleichen Chancen bezüglich Bildung erhalten wie nicht geflüchtete Menschen?

10.1.7. Kommission 6 „F-Status: Grundbedürfnisse und Lebensbedingungen von Geflüchteten mit F-Status verbessern: Welche Schwierigkeiten haben Leute mit F-Status auf kantonaler und nationaler Ebene?“

- Welche Schwierigkeiten haben Leute mit F-Status auf kantonaler und nationaler Ebene?

- Welche Unterschiede existieren zwischen F- und S-Status?
- Welche Auswirkungen hat der Ausweis F auf Menschen, die diesen Ausweis über lange Zeit hinweg besitzen?

10.1.8. Arbeitsgruppe 4 „Good Practices und/oder Bad Practices der Kantone bei der Unterstützung von Geflüchteten“ Wie können Flüchtlingsparlamentarier*innen auf die Unterschiede zwischen den Kantonen und anderen Behörden hinweisen?

- Was sind Beispiele für Good Practice und Bad Practice von verschiedenen Kantonen?
- Wie heissen die Anerkennungen der Kantone oder anderen Behörden und Organisationen und wie werden sie ausgesucht?
- Was empfiehlt ihr den Kantonen oder anderen Behörden und Organisationen, die ein Bad-Practice-Beispiel haben?

10.2. Fotos posten

10.2.1. Arbeitsgruppe «Öffentlichkeitsarbeit» macht Fotos an der Flüchtlingsession

11. Arbeitsgruppe 3: Kantonale Flüchtlingsparlament

- 11.1. «Das Flüchtlingsparlament wählt den Aargau als Pilotkanton aus, um dort ein kantonales Flüchtlingsparlament durchzuführen. Das Flüchtlingsparlament Aargau soll gut beobachtet und ausgewertet werden, damit wir nachher abschätzen können, ob auch in anderen Kantonen kantonale Flüchtlingsparlamente vorangetrieben werden sollen und damit wir besser wissen, wie viel Geld und Zeit für ein gut funktionierendes kantonales Flüchtlingsparlament aufgewendet werden muss.»
- 11.2. «Es braucht in jedem Kanton mindestens eine Ombuds- oder sonstige Beschwerdestelle, an die sich Geflüchtete wenden können. (Eine Ombudsstelle ist eine Stelle, an die man sich wenden kann, wenn man nicht zufrieden ist, wie man von den Behörden behandelt wurde.) Jedes kantonale Flüchtlingsparlament soll sich aktiv dafür einsetzen, dass es mindestens eine solche Stelle im eigenen Kanton gibt.»
- 11.3. «Es wird nicht möglich sein, schnell und parallel in allen Kantonen eine kantonale Strategie des Flüchtlingsparlaments aufzubauen. Deshalb soll die Flüchtlings-session mit Vorstössen Minimalstandards auf nationaler Ebene fordern, zu Themen die auf kantonaler Ebene geregelt sind und in denen es in den Kantonen Spielraum bei der Umsetzung gibt. So können die Kantone nicht unter eine bestimmte Grenze gehen.»

12. Arbeitsgruppe 4: Good and Bad Practices

12.1. Konzept für Flüchtlingsparlament-“Bedanken-Preis” und Flüchtlingsparlament-“Verbesserungsvorschlag”

12.2. Die Steuergruppe vom Flüchtlingsparlament und diese Arbeitsgruppe haben schon den ersten Preis und den ersten Verbesserungsvorschlag für Schutzstatus S an SEM und die zuständige Bundesrätin Karin Keller-Sutter erteilt.

12.3. Die Arbeitsgruppe bittet alle, Nominationen für den Bedanken-Preis und für den Verbesserungsvorschlag einzureichen.

13. Arbeitsgruppe 5: Französischsprachige Arbeitsgruppe zu NoFrontex

13.1 «Das Flüchtlingsparlament / die NoFrontex-Gruppe soll sich weiterhin für Sensibilisierungsarbeit mit der Schweizer Stimmbevölkerung und in Abstimmungsfragen, die sie direkt oder indirekt betreffen beteiligen, um ihre Stimme und Anliegen sichtbar zu machen»

13.2 «Flüchtlingsparlament fordert eine Teilnahme und Gehör in politischen Diskussionen in der Schweizer Gesellschaft, unabhängig von unserer Stimmberechtigung, da Geflüchtete Teil der Gesellschaft in der Schweiz sind und wir von der europäischen und Schweizer Migrations- und Flüchtlingspolitik sowie von anderen politischen und amtlichen Massnahmen betroffen sind. Es soll mit uns und nicht nur über uns gesprochen werden»